
2085/AB XXIV. GP

Eingelangt am 14.07.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Anfragebeantwortung

NIKOLAUS BERLAKOVICH

Bundesminister



lebensministerium.at

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer

Zl. LE.4.2.4/0082 -I 3/2009

Parlament
1017 Wien

Wien, am 10. JULI 2009

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag. Johann Maier,
Kolleginnen und Kollegen vom 14. Mai 2009, Nr. 2074/J,
betreffend Umweltbelastung durch Feuerwerkskörper 2008/2009

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen vom 14. Mai 2009, Nr. 2074/J, teile ich Folgendes mit:

Zu Frage 1:

Seitens des Umweltbundesamts wurden die Tagesberichte für den 31.12.2008, den 01.01.2009 sowie den 02.01.2009 zur Verfügung gestellt und liegen der Stellungnahme bei (Beilagen 1 bis 3).

Zu den Fragen 2 bis 4:

Die 20 am stärksten belasteten Regionen, die Tagesmittelwerte der Landeshauptstädte sowie die Vergleiche mit dem Jahresdurchschnitt sind der Beilage 4 zu entnehmen.

Zu Frage 5:

Diese Frage lässt sich nicht beantworten, da sich die PM10-Grenzwerte auf ein Kalenderjahr beziehen.

Zu den Fragen 6 und 7:

Wie schon in der Anfragebeantwortung 4890/AB NR-XXIII. GP (5032/J) wird hinsichtlich lärmrelevanter Nutzungseinschränkungen auf das Bundesgesetz vom 3. Mai 1974, mit dem polizeiliche Bestimmungen über pyrotechnische Gegenstände und das Böllerschießen getroffen werden (Pyrotechnikgesetz 1974) verwiesen, dessen Vollziehungsbereich nicht in die Zuständigkeit des BMLFUW fällt.

Zu den Fragen 8 und 9:

Neben den in den einschlägigen EU-Richtlinien angeführten toxischen Substanzen werden keine weiteren in Österreich gemessen. Schwefel wird nur an den EMEP-Messstellen (Hintergrund) erfasst, wo üblicherweise keine relevanten Feuerwerke abgeschossen werden.

Zu Frage 10:

Im Zuge der Gewässerzustandsüberwachung gemäß GZÜV (Gewässerzustandsüberwachungsverordnung 2006) werden regelmäßig Schwermetalle an über 2000 Grundwassermessstellen und 76 Fließgewässermessstellen untersucht. Daten über Belastungen, die durch pyrotechnische Produkte verursacht wurden, können daraus nicht abgeleitet werden.

Der Bundesminister:

Anmerkung der Parlamentsdirektion:

Die vom Bundesministerium übermittelten Anlagen stehen nur als Image (siehe **Anfragebeantwortung gescannt**) zur Verfügung.